

Anlage 3

Einbindungsvereinbarung

zwischen

Stadt Herne
Vertreten durch den Oberbürgermeister
Friedrich-Ebert-Platz 2
44623 Herne

(als Auftraggeber, nachfolgend „Träger“ genannt)

und

(nachfolgend „Auftragnehmer“ genannt)

Inhaltsverzeichnis

Präambel	3
1 Vereinbarungsgegenstand.....	3
2 Vertragsbestandteile.....	4
3 Vorhalteumfang / Leistungsanforderungen / Haftpflichtversicherung.....	5
4 Durchführung der Einsätze	6
5 Aufwendungsbeitrag / Abrechnung	6
6 Mitwirkungspflichten im Rahmen der Abrechnungen des Trägers	6
7 Vertragsstrafen.....	7
8 Prüf- und Kontrollrechte des Trägers	7
9 Anzeigepflichten bei Betriebsänderungen	7
10 Wettbewerbsbeschränkende Abreden.....	8
11 Haftung	8
12 Vertragslaufzeit.....	8
13 Kündigung.....	8
14 Schlussbestimmungen.....	9

Präambel

Nach § 13 Abs. 1 RettG NRW kann der Träger Aufgaben des Rettungsdienstes (Notfallrettung und Krankentransport) durch Vereinbarung auf Dritte, wie Hilfsorganisationen oder sonstige private Dritte, übertragen. Wird eine solche Übertragung vorgenommen, bleibt der Träger verpflichtet, eine ordnungsgemäße Erfüllung dieser Pflichtaufgaben zu gewährleisten und die Durchführung des Rettungsdienstes zu steuern und zu koordinieren.

Der Träger überträgt dem Auftragnehmer die Durchführung von qualifizierten Krankentransportleistungen und Leistungen der Notfallrettung nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (siehe Anlage 2).

Die Stadt Herne schätzt die individuelle Vielfalt ihrer Bürgerinnen und Bürger sowie ihrer Mitarbeitenden sehr und betrachtet die vielfältigen, unterschiedlichen Erfahrungen und Lebensentwürfe als Bereicherung und Chance für die Gegenwart und Zukunft.

Nur aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet.

1 Vereinbarungsgegenstand

- 1.1 Gegenstand der Vereinbarung ist die Übertragung der Durchführung Interhospitaltransporten, somit qualifizierten Krankentransportleistungen gem. § 2 Abs. 3 RettG NRW sowie Leistungen der Notfallrettung gem. § 2 Abs. 2 RettG NRW im Leistungsumfang gem. Leistungsbeschreibung (Anlage 2) im Stadtgebiet der kreisfreien Stadt Herne sowie darüber hinaus (Fernfahrten im qualifizierten Krankentransport, überörtliche Hilfe, etc.). Zugehörig sind erforderliche vor- und nachbereitende Maßnahmen (z.B. Desinfektionsmaßnahmen).
- 1.2 Der Auftragnehmer wird bei der Durchführung dieser Leistungen für den Träger als Verwaltungshelfer tätig. Er handelt insoweit nach den Anweisungen des Trägers.
- 1.3 Unbeschadet spezieller Weisungsregelungen sowie der durch diese Vereinbarung unberührten Weisungsbefugnisse des Auftragnehmers gegenüber seinen Mitarbeitern, einschließlich Dienstplangestaltung, Arbeitszeiten und der Eingliederung der Mitarbeiter des Auftragnehmers in dessen Dienstbetrieb, ist der Auftraggeber im Einzelfall berechtigt, dem Auftragnehmer Weisungen zur Durchführung dieses Vertrages zu erteilen, sofern dies zur Sicherstellung einer einheitlichen, regelmäßigen und gleichmäßigen Erfüllung der Aufgaben des Rettungsdienstes im Rettungsdienstbereich gemäß dem gesetzlichen Sicherstellungsauftrag notwendig ist.

2 Vertragsbestandteile

2.1 Bestandteile dieses Vertrages sind:

- die Bestimmungen dieser Einbindungsvereinbarung,
- die Leistungsbeschreibung des Ausschreibungsverfahrens,
- die Vergabeunterlagen des Trägers zum Vergabeverfahren,
- das Angebot des Auftragnehmers mit allen Anlagen, Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen,
- die weiteren Anlagen dieses Vertrages, deren Reihenfolge sich aus der Nummerierung ergibt.

Im Übrigen finden auf diese Vereinbarung Anwendung:

- Zusätzliche Vertragsbedingungen der Stadt Herne (ZVB – Stadt Herne) mit den Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen Teil B der Verdingungsordnung für Leistungen (ausgenommen Bauleistungen) (VOL/B),
- die Bewerbungs- und Vergabebedingungen der Stadt Herne für die Vergabe von Lieferungen und Dienstleistungen nach der Vergabeverordnung zur Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV),
- die Besonderen Vertragsbedingungen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Einhaltung der Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW,
- die Besonderen Vertragsbedingungen zum MiLoG,
- die Zusätzlichen Vertragsbedingungen des Landes NRW,
- die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung gültigen Fassung,

Im Fall von Widersprüchen zwischen den unter 2.1 genannten Bestimmungen wird klargestellt, dass die vorgenannte Reihenfolge der Rangfolge der Bestimmungen entspricht. Ein Widerspruch liegt nicht vor, wenn und soweit eine höherrangige Bestimmung lediglich allgemeine Vorgaben für die zu erbringende Leistung enthält, die durch die nachrangige Regelung konkretisiert werden.

Allgemeine Vertrags- und Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers finden keine Anwendung auf diesen Vertrag.

3 Vorhalteumfang / Leistungsanforderungen / Haftpflichtversicherung

- 3.1 Die Leistungsanforderungen an die Durchführung der Aufgaben des Krankentransportes und der Notfallrettung auf Basis der Übertragung nach § 13 RettG NRW richten sich auch hinsichtlich des Vorhalteumfangs und der Vorhaltezeiten nach der Leistungsbeschreibung sowie den Bestimmungen dieses Vertrages.
- 3.2 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sämtliche Vorhaltepflichten zur Sicherstellung und Durchführung der geforderten Leistungen, die Anforderungen an die Fahrzeugbesetzung sowie alle weiteren Pflichten, die sich aus der Leistungsbeschreibung ergeben, während der gesamten Dauer der Vertragslaufzeit zu gewährleisten.
- 3.3 Zur Sicherung etwaiger Regressansprüche des Trägers gegen die vom Auftragnehmer eingesetzten Mitarbeiter hat der Auftragnehmer für die gesamte Vertragslaufzeit eine Haftpflichtversicherung in ausreichender Deckungssumme zu unterhalten. Folgende Mindest-Deckungssummen je Schadensereignis müssen pro Jahr zweifach gewährleistet sein (zwei Schadensfälle pro Jahr):

- Personenschäden: 5.000.000,00 EUR
- Sachschäden: 3.000.000,00 EUR
- Vermögensschäden: 200.000,00 EUR

Der Auftragnehmer hat dem Träger binnen zwei Wochen nach Zuschlagserteilung einen Nachweis über den bestehenden Versicherungsschutz zur Verfügung zu stellen. Der Nachweis ist durch ein an den Träger gerichtetes Bestätigungsschreiben seines Versicherers zu erbringen. Der Träger ist unverzüglich zu informieren, wenn der Versicherungsschutz – gleich aus welchem Grund – nicht mehr oder nicht mehr in voller Höhe besteht.

Sollte der Auftragnehmer auch innerhalb einer gesetzten Nachfrist seiner Nachweispflicht nicht nachkommen, ist der Träger berechtigt, die Vergütung bis zum Nachweis zurückzubehalten und / oder den Vertrag fristlos zu kündigen. Das Recht zur Geltendmachung weiterer Schadensersatzansprüche bleibt unberührt.

- 3.4 Der Auftragnehmer muss die ihm obliegenden arbeitsrechtlichen, sozialrechtlichen Verpflichtungen und die für sein Unternehmen geltenden steuerrechtlichen Verpflichtungen erfüllen.
- 3.5 Im Übrigen gelten die für die Leistungserbringung gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere des RettG NRW.

4 Durchführung der Einsätze

- 4.1 Die Stationierung der Rettungsmittel nach Leistungsverzeichnis erfolgt am Standort des Auftragnehmers.
- 4.2 Die Alarmierung der Rettungsmittel erfolgt ausschließlich über eine jederzeit besetzte Einsatzzentrale des Auftragnehmers durch die Rettungsleitstelle des Auftraggebers.
- 4.3 Die Reaktionszeit (Zeit von Alarmierung des Rettungsmittels bis zum Eintreffen an der Zieladresse in Herne, Bezugsort: Sodinger Str. 9, 44623 Herne) darf 120 min nicht überschreiten, sofern es sich nicht von vornherein um vorgeplante Transporte mit definierter Reaktionszeit handelt.
- 4.4 Das eingesetzte Rettungsmittel hat sich unmittelbar nach Einsatzübernahme bei der Rettungsleitstelle des Auftraggebers über Funk / Mobiltelefon anzumelden.

5 Aufwendungsbeitrag / Abrechnung

- 5.1 Die vom Auftragnehmer im Rahmen dieser Einbindungsvereinbarung durchgeführten Leistungen des Qualifizierten Krankentransports und der Notfallrettung dürfen ausschließlich durch den Träger gegenüber dem jeweiligen Kostenträger abgerechnet werden. Eine eigene Rechnungsstellung und / oder die Annahme von Zahlungen von beförderten Personen sind ausgeschlossen.
- 5.2 Der Auftragnehmer erhält vom Träger für die Erbringung der Leistungen im beauftragten Umfang einen Aufwendungsbeitrag in Höhe der entsprechenden Preispauschalen aus dem Leistungsverzeichnis.
- 5.3 Der Aufwendungsbeitrag wird spätestens achtundzwanzig Tage nach Rechnungsstellung (Einzelabrechnung) durch den Auftragnehmer vom Träger überwiesen.
- 5.4 Mit der Zahlung der Preispauschale sind sämtliche vertragsgegenständliche Leistungen (insb. Fahrzeuge und Personal) abgegolten (Pauschalfestpreis).
- 5.5 Vorhaltezeiten werden diesbezüglich nicht vergütet.
- 5.6 Für den Fall, dass eine Rückfahrt nach Durchführung einer von der Leitstelle veranlassten Fernfahrt am gleichen Tag nicht mehr möglich ist, wird zusätzlich ein Verpflegungsgeld i.H. v. EUR 20,00 pro Person und Tag gezahlt. Übernachtungskosten werden dem Auftragnehmer bis zu einem Gesamtbetrag von maximal EUR 80,00 pro Person gegen Nachweis erstattet.
- 5.7 Der Träger geht davon aus, dass die vertragsgegenständlichen Leistungen gemäß § 4Nr. 17 lit. b Umsatzsteuergesetz (UStG) von der Umsatzsteuer befreit sind. Sollten die zuständigen Finanzbehörden während des Beauftragungszeitraums zu einer anderen Auffassung bezüglich der Umsatzsteuer kommen, ist der Auftragnehmer berechtigt, die erhobene Umsatzsteuer beim Träger einzufordern.

6 Mitwirkungspflichten im Rahmen der Abrechnungen des Trägers

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Träger im Rahmen der Abrechnung der durchgeführten Einsätze / Transporte gegenüber den jeweiligen Abrechnungsschuldnern (Kostenträgern) zu unterstützen. Hierzu ist er insbesondere zur Übermittlung der vollständigen Einsatzdokumentation einschließlich der vertragsärztlichen Verordnung im Original gemäß Leistungsbeschreibung zu Abrechnungszwecken verpflichtet.

7 Vertragsstrafen

7.1 Verletzt der Auftragnehmer bei der Vertragsdurchführung schuldhaft eine der nachfolgend aufgeführten wesentlichen Vertragspflichten, wird eine Vertragsstrafe je Verstoß fällig.

7.2 Wesentliche Vertragsverletzungen sind:

- Nicht abrechenbarer Notfalleinsatz / Krankentransport aufgrund unleserlichen Protokolls oder fehlerhafter / unterlassener Dateneingabe (pro Einsatz / Transport 250 €).
- Reaktionszeit bei ungeplanten Einsätzen auf 121 bis 240 Minuten verlängert, 250 € pro Vorfall.

7.3 Reaktionszeit bei ungeplanten Einsätzen auf mehr als 240 Minuten verlängert bzw. Ablehnung einer Einsatzübernahme durch den Auftragnehmer, 500 € pro Vorfall.

7.4 Vertragsstrafen werden nach schriftlicher Ankündigung vom Träger durch Abzug vom monatlich zu entrichtenden Aufwendungsbeitrag aufgerechnet.

7.5 Vertragsstrafen können bis längstens sechs Monate, nachdem der Auftraggeber von dem Umstand, der zur Geltendmachung der Vertragsstrafe berechtigt, Kenntnis erlangt hat, geltend gemacht werden.

7.6 Die Geltendmachung weitergehender Ansprüche und Rechte des Trägers, insbesondere auf Schadensersatz sowie zur außerordentlichen Kündigung gem. Punkt 13, bleiben unberührt.

7.7 Die Summe aller während der Vertragslaufzeit verwirkten Vertragsstrafen darf insgesamt 5% der Gesamtauftragssumme nicht übersteigen. Zu viel gezahlte Vertragsstrafen (gemessen an der Höchstgrenze) werden nach Ende der Vertragslaufzeit vom Träger an den Auftragnehmer zurückerstattet. Verwirkte Vertragsstrafen werden auf darüber hinausgehende Schadensersatzansprüche angerechnet.

8 Prüf- und Kontrollrechte des Trägers

8.1 Der Träger hat während der vereinbarten Vorhaltezeiten ein umfassendes Zutritts- und Kontrollrecht bzgl. Betriebssitz, Einsatzfahrzeuge, Dienstausrüstung und ordnungsgemäßer Leistungserbringung.

8.2 Hiernach ist der Träger insbesondere dazu berechtigt, das zur Leistungserbringung eingesetzte Personal und die zur Leistungserbringung eingesetzten Ausrüstungsgegenstände des Auftragnehmers zu überprüfen.

8.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Träger die erforderlichen Auskünfte zu erteilen und sämtliche zur Prüfung der ordnungsgemäßen Leistungserbringung erforderliche Unterlagen vorzulegen.

9 Anzeigepflichten bei Betriebsänderungen

Der Auftragnehmer zeigt dem Auftraggeber alle für die vertragsmäßige Durchführung dieser Einbindungsvereinbarung maßgeblichen Änderungen seines Betriebes (z.B. auch Umfirmierungen) unverzüglich schriftlich an.

10 Wettbewerbsbeschränkende Abreden

Hat der Auftragnehmer anlässlich des dem Vertragsschluss zu Grunde liegenden Vergabeverfahrens nachweislich eine unzulässige wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen, wird ein Betrag in Höhe von 15 % der Auftragssumme zur Zahlung an den Träger fällig, es sei denn, es wird ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen – oder nachgewiesen, dass kein Schaden entstanden ist.

11 Haftung

- 11.1 Der Auftragnehmer stellt über den gesamten Beauftragungszeitraum jederzeit einen fach- und sachgerechten sowie schonenden Umgang mit sämtlicher vom Träger zur Erfüllung des Vertragszwecks zur (Mit-)Nutzung zur Verfügung gestellten Technik sowie sonstiger Gegenstände sicher.
- 11.2 Der Auftragnehmer haftet dem Träger gegenüber für sämtliche von ihm oder seinen Erfüllungsgehilfen schuldhaft verursachten Personen-, Sach- und Vermögensschäden, die in Erfüllung der vertraglichen Pflichten bestehen (gemäß den gesetzlichen Bestimmungen).

12 Vertragslaufzeit

- 12.1 Ausführungsbeginn ist der 01.10.2026, 08:00 Uhr.
- 12.2 Der Vertrag endet am 01.10.2031, 08:00 Uhr.
- 12.3 Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Verlängerung des Vertrages besteht nicht.

13 Kündigung

- 13.1 Eine Kündigung des Vertrags ist für beide Seiten innerhalb einer Kündigungsfrist von sechs Monaten zum Jahresende möglich.
- 13.2 Bei schwerwiegenden Verstößen gegen die Bestimmungen des RettG NRW u./o. gegen die Vorgaben in der Leistungsbeschreibung behält sich der Träger vor, den Vertrag fristlos zu kündigen. Als schwerwiegend gilt z.B., wenn
 - a) der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten des Trägers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags befasst sind, Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder einem Dritten in ihrem Interesse angeboten, versprochen oder gewährt werden. In diesem Fall bedarf es keiner vorherigen Abmahnung.
 - b) der Auftragnehmer die ihm obliegende Pflicht zur ordnungsgemäßen Besetzung eines Rettungsmittels gem. §§ 4, 5 RettG NRW während der vorgegebenen Betriebs- und Vorhaltezeiten gemäß Leistungsbeschreibung nicht erfüllt und somit die rettungsdienstliche Versorgung gefährdet. In Ergänzung zu Punkt 7.2 gilt:
 - c) Unterpunkt a): ab dem zehnten Vorfall in der gesamten Vertragslaufzeit
 - d) Unterpunkt b): ab dem fünften Vorfall in der gesamten Vertragslaufzeit

- e) Unterpunkt c): ab dem dritten Vorfall in der gesamten Vertragslaufzeit
 - f) der Auftragnehmer die gemäß Leistungsbeschreibung nach Vertragsschluss vorzulegenden Unterlagen (z.B. Nachweis der fachlichen und gesundheitlichen Eignung des Personals, Unterweisungen/Einweisungen, etc.) gem. Vorgabe in der Leistungsbeschreibung trotz zweifacher Aufforderung des Trägers nicht, nicht vollständig oder nicht wahrheitsgemäß vorlegt.
- 13.3 Als Kündigungsgrund gelten auch gesetzliche, gerichtliche oder aufsichtsbehördliche Maßnahmen, die diesem Vertrag die rechtliche oder tatsächliche Grundlage ganz oder teilweise entziehen.
- 13.4 Die Kündigung erfolgt nach vorheriger schriftlicher Abmahnung, sofern vorstehend nicht abweichend vereinbart.
- 13.5 Die Kündigung dieses Vertrags bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

14 Schlussbestimmungen

- 14.1 Änderungen dieses Vertrags bedürfen der Schriftform.
- 14.2 Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrags unwirksam sein oder werden, so bleibt die Wirksamkeit im Übrigen unberührt. In diesen Fällen werden die Beteiligten die unwirksame Bestimmung durch eine wirksame Bestimmung ersetzen, die dem mit der unwirksamen Bestimmung verfolgten Ziel am nächsten kommt. Dies gilt auch für Lücken dieses Vertrages.
- 14.3 Der Auftragnehmer kann die Ansprüche aus diesem Vertrag nur mit vorheriger Zustimmung des Trägers an Dritte abtreten.
- 14.4 Der Auftragnehmer kann mit Forderungen aus diesem Vertrag nur aufrechnen, wenn diese unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.
- 14.5 Salvatorische Klausel: Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrags unwirksam sein oder werden, so bleibt die Wirksamkeit im Übrigen unberührt. In diesen Fällen werden die Beteiligten die unwirksame Bestimmung durch eine wirksame Bestimmung ersetzen, die dem mit der unwirksamen Bestimmung verfolgten wirtschaftlichen Ziel am nächsten kommt. Dies gilt auch für Lücken dieses Vertrages.

Ort, Datum

Ort, Datum

Stadt Herne, Der Oberbürgermeister

Leistungserbringer (Auftragnehmer)

Hinweis: Dieser Vertrag ist vom Bieter unverzüglich nach Auftragserteilung zweifach, in unterschriebener Fassung einzureichen!
